
Re: Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2025: Ihre Positionen zur Familienpolitik

1 message

11 January 2025 at 19:23

To: Christoph Köpernick <koepernick@vafk.de>

Cc: [REDACTED]

Guten Abend Herr Köpernick,

vielen Dank für den Zeitaufschub.

Folgend die offiziellen Antworten der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei) zu Ihren Fragen die veröffentlicht werden dürfen:

1. Grundgesetzlicher Schutz von Trennungsfamilien

Erkennt Ihre Partei Trennungsfamilien als Familie im Sinne des Artikel 6 Grundgesetz an und wird sie sich für die Stärkung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft einsetzen, insbesondere in Bezug auf Rechte und Pflichten nach einer Trennung?

Antwort:

Wir erkennen Trennungsfamilien als Familie im Sinne des Artikel 6 Grundgesetz an und setzen uns entschlossen für eine gleichberechtigte und verpflichtende Elternschaft ein, die auf Mitgefühl, Respekt und der Förderung des Kindeswohls basiert.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ betrachtet das Wohl des Kindes als zentralen Ausgangspunkt aller Maßnahmen. Es ist unser Anliegen, sicherzustellen, dass beide Elternteile nach einer Trennung gleichermaßen in die Verantwortung eingebunden bleiben. Durch die gesetzliche Verankerung gemeinsamer Elternverantwortung möchten wir familiäre Bindungen stärken und Konflikte reduzieren.

Dazu setzen wir uns für umfassende Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen ein, insbesondere für Fachkräfte in Jugendhilfe und Justiz, um das Bewusstsein für die Bedürfnisse von Trennungsfamilien zu schärfen.

Beratungsangebote und Mediationsdienste sollen gezielt ausgebaut werden, um geschlechtsunabhängig allen Betroffenen zugänglich zu sein.

Wir plädieren für faire finanzielle Regelungen und strukturelle Gleichstellung, um ökonomische Benachteiligungen zu verhindern. Soziale Gerechtigkeit ist für uns nicht verhandelbar. Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass Kinder in einem stabilen und liebevollen Umfeld aufwachsen können, das sie fördert und schützt.

Abschließend möchten wir betonen, dass eine gerechte Familienpolitik die Basis einer sozialen und lebenswerten Gesellschaft ist. Diese Politik muss die Herausforderungen und Chancen von Trennungsfamilien als Bestandteil moderner Gesellschaften begreifen und entsprechend handeln.

2. Wechselmodell als Leitbild

Setzt sich Ihre Partei für die gesetzliche Verankerung des Wechselmodells als Leitbild für Trennungsfamilien ein, um den Kontakt von Kindern zu beiden Elternteilen sicherzustellen, Konflikte zu vermeiden und eine paritätische Betreuung als Regelfall zu fördern?

Antwort:

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ erkennt das Wechselmodell als eine Möglichkeit an, den Kontakt von Kindern zu beiden Elternteilen zu sichern und stabile Bindungen zu fördern - dies setzt jedoch, damit das Kind hierbei keinen langfristigen Schaden davon trägt, eine gute Kooperation zwischen den Eltern voraus. Wenn eine gute Kooperation und Kommunikation zwischen den Eltern vorhanden ist, kann dieses Modell dazu beitragen, eine paritätische Betreuung zu etablieren, die sowohl die Bedürfnisse der Kinder als auch die Verantwortung der Eltern gleichermaßen berücksichtigt. Studien zeigen, dass Kinder, die regelmäßigen und ausgewogenen Kontakt zu beiden Elternteilen haben, von stabilen familiären Strukturen profitieren.

Eine gesetzliche Verankerung des Wechselmodells als Leitbild könnte helfen, Konflikte zwischen den Eltern zu reduzieren und eine gerechtere Aufteilung der Erziehungsverantwortung zu erreichen. Allerdings muss sichergestellt sein, dass das Kindeswohl stets im Mittelpunkt steht. Wir lehnen pauschale Regelungen ab, die die individuellen Bedürfnisse von Kindern und die spezifischen Umstände der jeweiligen Familien nicht berücksichtigen.

Daher setzen wir uns für eine flexible und kindgerechte Umsetzung des Wechselmodells ein, die im Einklang mit dem Wohl des Kindes steht. Dies erfordert eine umfassende Beratung und Unterstützung für die Eltern sowie die Schulung von Fachkräften in Jugendhilfe und Justiz, um sicherzustellen, dass Entscheidungen im Sinne der Kinder getroffen werden.

Unser Ansatz zielt darauf ab, beide Elternteile zu befähigen, eine aktive Rolle in der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder zu übernehmen, ohne dabei das Wohl der Kinder oder die Vielfalt familiärer Lebensrealitäten zu gefährden.

3. Schutz vor Entfremdung

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kinder besser vor Entfremdung zu schützen? Unterstützen Sie zum Beispiel die Einführung einer Schulbezirksregelung, um den Wegzug eines Elternteils zu erschweren, wenn dieser den Kontakt des Kindes zum anderen Elternteil beeinträchtigen könnte?

Antwort:

Der Schutz von Kindern vor Entfremdung ist ein zentraler Bestandteil unserer familienpolitischen Überzeugungen. Eine stabile Beziehung zu beiden Elternteilen ist essenziell für die gesunde Entwicklung von Kindern. Wir setzen uns daher entschieden für Maßnahmen ein, die sicherstellen, dass Kinder auch nach einer Trennung regelmäßigen Kontakt zu beiden Elternteilen behalten und Entfremdung wirksam verhindert wird.

Die Einführung einer Schulbezirksregelung kann ein geeignetes Mittel sein, um ungerechtfertigte Wegzüge eines Elternteils zu erschweren, die den Kontakt des Kindes zum anderen Elternteil erheblich einschränken könnten. Allerdings betonen wir, dass solche Regelungen stets flexibel und am Kindeswohl orientiert gestaltet werden müssen. Individuelle Lebensumstände und das Bedürfnis nach stabilen sozialen Bezügen der Kinder dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

Zusätzlich plädieren wir für spezialisierte Beratungs- und Mediationsangebote, die Eltern in Trennungssituationen frühzeitig unterstützen, Konflikte zu lösen und ein kooperatives Umfeld für das Kind zu schaffen.

Aufklärungsprogramme sollen über die negativen Auswirkungen von Entfremdung informieren und die Eltern für ihre gemeinsame Verantwortung sensibilisieren.

Wir sehen die Notwendigkeit klarer gesetzlicher Vorgaben, die regelmäßige Überprüfungen von Umgangsregelungen durch Fachkräfte sowie Schulungen für Mitarbeiter:innen in Jugendämtern und Gerichten vorsehen. Ziel ist es, Entfremdung rechtzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Dabei bleibt das Kindeswohl unser oberstes Prinzip.

Unser Ansatz kombiniert präventive Strategien, rechtliche Standards und individuelle Unterstützung, um Kindern ein harmonisches und sicheres Umfeld zu bieten. Nur durch einen ganzheitlichen Ansatz können wir Entfremdung wirksam begegnen und das Wohl der Kinder nachhaltig sichern.

4. Strukturelle Reform der Jugendhilfe

Unterstützt Ihre Partei eine umfassende Reform der Jugendämter, um Transparenz, Effizienz und Fachkompetenz zu stärken? Sind Sie für die Einführung einer spezialisierten Abteilung für Trennungsfamilien mit qualifizierten Mitarbeitern, um eine bessere Unterstützung für betroffene Kinder und Eltern zu gewährleisten?

Antwort:

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ erkennt die tiefgreifenden Missstände im Bereich der Jugendhilfe an und sieht die Notwendigkeit für umfassende strukturelle Reformen. Jugendämter müssen nicht nur reformiert, sondern in vielen Bereichen neu aufgestellt werden, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden und das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt zu stellen.

Anstelle der Einführung einer eigenständigen Abteilung für Trennungsfamilien, die in der Praxis häufig ineffizient ist, fordern wir eine verstärkte Spezialisierung innerhalb der bestehenden Strukturen. Diese Spezialisierung sollte durch gezielte Schulungen und den Einsatz interdisziplinärer Teams erfolgen, um die Bedürfnisse von Trennungsfamilien und Alleinerziehenden angemessen zu adressieren.

Darüber hinaus ist eine bessere Vernetzung zwischen Jugendämtern, Schulen, Beratungsstellen und weiteren Institutionen unerlässlich, um präventiv zu arbeiten und Eskalationen zu vermeiden. Auch die Arbeitsbedingungen und Personalausstattung in Jugendämtern müssen dringend verbessert werden, um den Mitarbeitenden die notwendige Zeit und die Ressourcen für ihre komplexen Aufgaben zu geben.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich für eine nachhaltige Finanzierung dieser Reformen ein, da nur so eine wirkungsvolle Unterstützung von Familien gewährleistet werden kann. Unser Ziel ist es, eine moderne Jugendhilfe zu schaffen, die sowohl effizient arbeitet als auch die individuellen Bedürfnisse von Familien ernst nimmt.

5. Reform des Unterhaltsrechts

Welche Schritte plant Ihre Partei, um das Unterhaltsrecht so zu reformieren, dass finanzielle Verantwortung und Betreuungsleistungen beider Elternteile gleichermaßen anerkannt werden? Wie werden Sie Fehlanreize vermeiden, die dazu führen, dass ein Elternteil bewusst aus der gemeinsamen Betreuung ausgeschlossen wird? Ziel ist eine faire Aufteilung der elterlichen Verantwortung, um das Wohl der Kinder zu gewährleisten.

Antwort:

Eine umfassende Reform des Unterhaltsrechts ist notwendig, um die finanzielle Verantwortung und die Betreuungsleistungen beider Elternteile gleichermaßen anzuerkennen und Fehlanreize zu vermeiden, die dazu führen könnten, dass ein Elternteil bewusst aus der Betreuung ausgeschlossen wird. Ziel ist ein gerechtes und kindeswohlorientiertes Unterhaltsrecht, das die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt und die elterliche Verantwortung stärkt.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich, wie andere progressive Parteien, für die Einführung eines Betreuungsunterhaltsmodells ein, das die tatsächliche Betreuung und Versorgung des Kindes in die Berechnung des Unterhalts einbezieht. Dies gewährleistet eine gerechte Verteilung der finanziellen und betreuenden Verantwortung zwischen den Eltern und schafft Anreize für eine partnerschaftliche Elternschaft. Darüber hinaus fordern wir Anpassungen des Unterhaltsrechts, um die Gleichwertigkeit von Betreuungs- und Unterhaltsleistungen rechtlich besser abzubilden.

Fehlanreize, die dazu führen, dass ein Elternteil aus der Betreuung ausgeschlossen wird, müssen konsequent vermieden werden. Hierzu sind klare Leitlinien erforderlich, die sicherstellen, dass Unterhaltsregelungen nicht

einseitig zulasten eines Elternteils gehen.

Gleichzeitig fördern wir Mediations- und Konfliktlösungsangebote, die Eltern dabei unterstützen, gemeinsame und Kindeswohlorientierte Lösungen zu finden.

Um die gemeinsame Verantwortung der Eltern weiter zu stärken, setzen wir uns dafür ein, das Wechselmodell als Leitbild im Unterhaltsrecht zu unterstützen, wenn dies dem Kindeswohl entspricht. Zudem sollen Anreize geschaffen werden, die die gleichwertige Übernahme von Betreuung und finanzieller Verantwortung fördern. Dies könnte durch steuerliche Vorteile für Eltern, die sich partnerschaftlich um ihre Kinder kümmern, umgesetzt werden.

Diese Reformen zielen darauf ab, ein Unterhaltsrecht zu schaffen, das sowohl die Bedürfnisse der Kinder als auch die Verantwortung der Eltern in den Mittelpunkt stellt. Nur durch eine faire Verteilung von Betreuung und finanzieller Verantwortung kann das Wohl der Kinder nachhaltig gesichert werden.

6. Effiziente und faire Familiengerichtsbarkeit

Wie steht Ihre Partei dazu, kindschaftsrechtliche Verfahren effizienter und stärker auf eine Konkordanz der Grundrechtspositionen des Kindes und seiner Eltern auszurichten? Welche Reformen plant Ihre Partei, um Konflikte im Vorfeld zu vermeiden, frühzeitig zu entschärfen und die Entscheidungsfindung in familiengerichtlichen Verfahren zu verbessern? Unterstützen Sie eine echte Fortbildungspflicht für Familienrichter?

Antwort:

Wir setzen uns für eine umfassende Reform kindschaftsrechtlicher Verfahren ein, um diese effizienter und gerechter zu gestalten. Dabei steht die Konkordanz der Grundrechtspositionen des Kindes und seiner Eltern im Fokus. Unser zentrales Anliegen ist es, das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt zu stellen, während die Rechte und Interessen beider Elternteile gleichermaßen gewahrt bleiben.

Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der Konfliktprävention. Frühzeitige Vermittlungsangebote, niedrigschwellige Unterstützungsprogramme und Mediation sind entscheidend, um Streitigkeiten zu entschärfen, bevor sie eskalieren. Wir fordern den Ausbau verbindlicher Beratungsangebote und Elternkurse, die dazu beitragen, Konflikte frühzeitig zu lösen und konstruktive, Kindeswohlorientierte Lösungen zu fördern. Präventive Maßnahmen reduzieren nicht nur Belastungen für Kinder und Eltern, sondern entlasten auch die Familiengerichte.

Zur Verbesserung familiengerichtlicher Verfahren setzen wir uns für klare und transparente Leitlinien ein, die eine zügige und nachvollziehbare Entscheidungsfindung gewährleisten. Langwierige Verfahren sind für Kinder besonders belastend und müssen vermieden werden.

Eine stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Gerichten, Jugendämtern, Mediationsstellen und weiteren Fachkräften ist notwendig, um Entscheidungen zu treffen, die auf fundierten Erkenntnissen basieren und das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellen.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ unterstützt ausdrücklich die Einführung einer verpflichtenden Fortbildungspflicht für Familienrichter:innen. Diese Fortbildungen sollen sicherstellen, dass die richterlichen Entscheidungen auf dem neuesten wissenschaftlichen und fachlichen Stand getroffen werden. Themen wie Kindeswohlgefährdung, psychosoziale Auswirkungen von Trennungen, Konfliktlösung und kindgerechte Kommunikation müssen dabei eine zentrale Rolle spielen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine stärkere Einbindung von Kindern in gerichtliche Verfahren ein, sofern dies ihrem Wohl dient. Ihre Perspektive und Wünsche sollten angemessen berücksichtigt werden, um Entscheidungen zu treffen, die ihrem langfristigen Wohlergehen entsprechen.

Unser Ansatz zielt darauf ab, das familiengerichtliche System umfassend zu reformieren, um es effizienter, gerechter und vor allem Kindeswohlorientierter zu gestalten. Neben strukturellen Reformen ist eine gezielte Förderung von Präventions- und Unterstützungsangeboten unerlässlich, um Familien in belastenden Situationen wirksam zu unterstützen.

7. Kindergeld und Unterstützungsleistungen

Wie steht Ihre Partei dazu, Kindergeld und Unterstützungsleistungen fair zu verteilen und zugleich das Melderecht so anzupassen, dass Kinder in Trennungsfamilien gleichwertig in beiden Haushalten gemeldet werden können, um ihre Bindungen zu beiden Elternteilen besser zu berücksichtigen und statistisch abzubilden?

Antwort:

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich entschieden dafür ein, dass Kindergeld und Unterstützungsleistungen fair verteilt werden, um die tatsächlichen Betreuungsleistungen beider Elternteile in Trennungsfamilien angemessen zu berücksichtigen. Eine gerechte Verteilung dieser finanziellen Hilfen trägt dazu bei, die finanzielle Last gleichmäßiger zu verteilen und die Verantwortung beider Elternteile anzuerkennen und zu stärken. Darüber hinaus unterstützen wir eine Anpassung des Melderechts, die es ermöglicht, dass Kinder in Trennungsfamilien gleichwertig in beiden Haushalten gemeldet werden können. Eine solche Änderung würde die Bindung des Kindes zu beiden Elternteilen statistisch sichtbar machen und gleichzeitig deren gleichberechtigte Verantwortung anerkennen. Dies spiegelt nicht nur die gelebte Realität moderner Familienstrukturen wider, sondern trägt auch zu einer gerechteren und familienfreundlicheren Gestaltung von Unterstützungsleistungen bei.

Die Einführung eines solchen Melderechts könnte auch die Grundlage dafür schaffen, Unterstützungsleistungen besser an die tatsächlichen Lebensumstände anzupassen. Kinder in Trennungsfamilien profitieren besonders davon, wenn ihre Lebensrealitäten rechtlich und statistisch korrekt abgebildet werden.

Unser Ansatz zielt darauf ab, durch rechtliche und finanzielle Reformen die Rechte und Pflichten beider Elternteile auszugleichen und dabei das Wohl des Kindes konsequent in den Mittelpunkt zu stellen. Faire und gerechte Unterstützungsleistungen sowie ein modernes Melderecht sind entscheidende Schritte, um die gesellschaftliche Akzeptanz und Gleichstellung moderner Familienmodelle weiter voranzubringen.

8. Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Vätern und Müttern gleichberechtigten Zugang zu einer Familienstartzeit sowie berufliche Flexibilität zu ermöglichen, um auch eine getrennte Elternschaft und frühe Bindung des Kindes zu Mutter und Vater gleichermaßen zu fördern?

Antwort:

Wir setzen uns für Maßnahmen ein, die Vätern und Müttern gleichberechtigten Zugang zu einer Familienstartzeit ermöglichen, um die frühe Bindung des Kindes an beide Elternteile zu fördern. Eine gleichwertige Einbindung beider Eltern ist nicht nur entscheidend für die gesunde Entwicklung des Kindes, sondern auch für die Förderung einer partnerschaftlichen und gerechten Elternschaft.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Weiterentwicklung flexibler Elternzeitmodelle, die es beiden Elternteilen ermöglichen, ihre beruflichen und familiären Verpflichtungen miteinander zu vereinbaren. Hierbei ist es besonders wichtig, getrennte Elternschaft durch arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen aktiv zu unterstützen, damit eine ausgewogene Aufteilung von Betreuung und Beruf auch in komplexeren Familiensituationen möglich wird.

Wir setzen uns außerdem für umfassende gesellschaftliche und wirtschaftliche Initiativen ein, die familienfreundliche Arbeitsmodelle fördern. Dazu gehören die stärkere Verankerung von Homeoffice-Optionen, flexible Gleitzeitregelungen und weitere Maßnahmen, die den Bedürfnissen von Eltern gerecht werden. Arbeitgeber:innen sollen durch gezielte Sensibilisierungsprogramme und Anreize unterstützt werden, solche familienfreundlichen Strukturen zu schaffen.

Darüber hinaus betonen wir die Notwendigkeit, gesellschaftliche Vorurteile gegen Väter, die aktiv Elternzeit nehmen oder familienfreundliche Arbeitsmodelle nutzen, abzubauen. Eine gerechte Verteilung der elterlichen Verantwortung darf nicht nur rechtlich, sondern muss auch gesellschaftlich gefördert werden, um nachhaltige Veränderungen zu erreichen.

Unser Ziel ist es, durch rechtliche und gesellschaftliche Maßnahmen sowohl die Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft als auch die Bindung des Kindes an beide Elternteile zu stärken. Unabhängig von der familiären Konstellation steht für uns das Kindeswohl und die soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt unserer Bemühungen.

9. Prävention von und Schutz vor Gewalt

Gewalt hat viele Gesichter – von psychischer über sexuelle bis hin zu körperlicher Gewalt. Insbesondere psychische Gewalt, wie die Entfremdung und Isolierung des Kindes vom anderen Elternteil, bleiben oft unbeachtet. Unterstützt Ihre Partei eine geschlechterneutrale Gewaltprävention, die alle Formen von Gewalt einbezieht, sowie den Ausbau von Schutzangeboten für Männer, Frauen und Kinder?

Antwort:

Wir setzen uns für eine geschlechterneutrale Gewaltprävention ein, die alle Formen von Gewalt - ob psychische, sexuelle oder körperliche - gleichermaßen berücksichtigt. Besonders wichtig ist uns, die oft unterschätzte psychische Gewalt, wie die gezielte Entfremdung und Isolation eines Kindes von einem Elternteil, stärker in den Fokus zu rücken. Solche Gewaltformen können langfristige Schäden an der emotionalen und psychischen Gesundheit der Betroffenen verursachen und erfordern daher konsequente Präventions- und Interventionsmaßnahmen.

Der Ausbau von Schutz- und Unterstützungsangeboten für Männer, Frauen und Kinder ist ein zentraler Bestandteil unserer Politik. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Angebote niedrigschwellig und bedarfsorientiert gestaltet werden, um allen Betroffenen den Zugang zu Hilfen zu erleichtern. Gleichzeitig streben wir eine stärkere Vernetzung bestehender Strukturen, wie Beratungsstellen, Frauenhäuser, Männerhilfeeinrichtungen und psychosoziale Dienste, an, um eine ganzheitliche Unterstützung sicherzustellen.

Zusätzlich fordern wir umfassende Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, die das Bewusstsein für alle Formen von Gewalt schärfen und die Gesellschaft für präventive Ansätze öffnen. Schulungen und Bildungsprogramme sollen gezielt auf die verschiedenen Ausprägungen von Gewalt eingehen und dabei insbesondere auf psychische Gewalt und deren Folgen aufmerksam machen.

Unser Ziel ist es, durch integrierte Präventionsstrategien, die Stärkung von Hilfsangeboten und die gezielte Bekämpfung aller Gewaltformen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder Mensch frei von Gewalt leben kann. Der Schutz von Kindern, Frauen und Männern ist dabei gleichermaßen zentral und untrennbar mit unseren Grundwerten von sozialer Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit verbunden.

10. Aufbau auf bestehender Vorarbeit und Abkehr von schädlichen Narrativen

Das Bundesjustizministerium hatte im Oktober 2024 Referentenentwürfe für Reformen im Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht versandt. Diese Entwürfe enthalten erste Ansätze, um den veränderten Anforderungen moderner Familienstrukturen gerecht zu werden und die Rechte von Kindern sowie beider Elternteile besser zu berücksichtigen.

Während Fortschritte wie die automatische gemeinsame Sorge für unverheiratete Eltern, die Erwähnung des Wechselmodells oder die Anpassung des Unterhaltsrechts positiv zu bewerten sind, bleiben wesentliche Fragen unbeantwortet. Dazu zählen insbesondere die Förderung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft, die konsequente Vermeidung von Entfremdung sowie die Abkehr von überholten Narrativen, die die Elternschaft nach Trennung auf einen Elternteil reduzieren.

1. Wie wird Ihre Partei auf der bestehenden Vorarbeit des Bundesjustizministeriums aufbauen, um die Rechte und Bedürfnisse von Kindern und beiden Elternteilen nach einer Trennung gleichermaßen zu stärken?
2. Welche weiteren Reformen plant Ihre Partei, um eine gleichberechtigte Elternschaft nach Trennung zu fördern und Fehlanreize zu beseitigen, die zur Ausgrenzung eines Elternteils führen können?

3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um vorrangig die gemeinsame Elternschaft auch nach Trennung in den Fokus zu rücken und eine kooperative Elternschaft als Leitbild in Gesetz und Praxis zu ermöglichen?

Antwort:

Die Referentenentwürfe des Bundesjustizministeriums von Oktober 2024 legen wichtige Grundlagen für Reformen im Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht. Fortschritte wie die automatische gemeinsame Sorge für unverheiratete Eltern, die Erwähnung des Wechselmodells und die Anpassung des Unterhaltsrechts sind erste Schritte in die richtige Richtung. Dennoch greifen diese Entwürfe in einigen Punkten zu kurz, insbesondere in der konsequenten Förderung einer gleichberechtigten Elternschaft und der Vermeidung von Entfremdung. Unsere Partei strebt eine Weiterentwicklung dieser Ansätze an, um die Rechte und Bedürfnisse von Kindern sowie beider Elternteile nach einer Trennung gleichermaßen zu stärken.

1. Förderung einer gleichberechtigten Elternschaft:

Die gleichberechtigte Elternverantwortung muss als gesetzliches Leitbild für Trennungsfamilien etabliert werden. Dabei soll das Wechselmodell als Regelfall stärker betont werden, sofern es dem Kindeswohl entspricht. Zur Unterstützung der Eltern in Trennungssituationen setzen wir uns für die Einführung verpflichtender Mediationsangebote ein, die eine kooperative Lösung fördern und Eskalationen vermeiden.

2. Vermeidung von Entfremdung und Schutz vor Isolation:

Psychische Gewalt, wie die bewusste Entfremdung eines Kindes von einem Elternteil, hat schwerwiegende Folgen für die Entwicklung des Kindes und muss klar als schädlich anerkannt und bekämpft werden. Wir fordern eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, Gerichten und Fachberatungsstellen, um den regelmäßigen Kontakt zu beiden Elternteilen sicherzustellen. Zudem bedarf es einer besseren Aufklärung über die negativen Auswirkungen von Entfremdung, um Eltern für eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit zu sensibilisieren.

3. Kooperative Elternschaft als Leitbild in Gesetz und Praxis:

Das Leitbild der kooperativen Elternschaft muss nicht nur gesetzlich verankert, sondern auch in der Praxis gefördert werden. Wir setzen uns für die Einrichtung spezialisierter Beratungsstellen ein, die getrennt lebende Eltern aktiv bei der Umsetzung partnerschaftlicher Betreuungsmodelle unterstützen. Diese Stellen sollen Eltern helfen, auch in Konfliktsituationen gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden.

4. Beseitigung von Fehlanreizen:

Die derzeitigen finanziellen und bürokratischen Strukturen schaffen oft ungewollte Fehlanreize, die einen Elternteil aus der Betreuung ausschließen. Wir fordern gezielte Anpassungen im Unterhalts- und Steuerrecht, um sicherzustellen, dass Betreuungs- und Unterhaltsleistungen gleichermaßen anerkannt und gerecht verteilt werden. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt zu stellen und eine faire, respektvolle Zusammenarbeit zwischen den Eltern zu ermöglichen. Es ist Zeit, überholte Narrative zu überwinden, die Elternschaft nach einer Trennung auf einen Elternteil zu reduzieren und eine moderne, kindeswohlorientierte Familienpolitik zu gestalten.

Vielen Dank für die Veröffentlichung.

Mit freundlichen Grüßen

██████████

██████████

Bundvorsitzende der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Am 10.01.2025 um 23:40 schrieb Christoph Köpernick <koepernick@vafk.de>:

Sehr geehrte Frau ██████████,

vielen Dank. Ich kann Ihnen bis zum Ablauf des 11. Januar 2025 Zeit geben.

Herzliche Grüße

Christoph Köpernick, Mitglied des Bundesvorstandes
koepernick@vafk.de · 0171 - 45 27 999

Väteraufbruch für Kinder e.V. · Herzogstr. 1a, 60528 Frankfurt/M. · VR 14886, Frankfurt/M. · 069 - 1339
6290 · Bundesvorstand: Christoph Köpernick, Markus Koenen, Karsten Rulofs, Kay Stratmann
· www.vaeteraufbruch.de

On Fri, 10 Jan 2025 at 23:22, BuVo-Postfach <bundesvorstand@tierschutzpartei.de> wrote:

Guten Abend Herr Köpernick,

entschuldigen Sie bitte die späte Rückmeldung.

Wir sind intern gerade noch in den letzten Zügen, um die Antworten zu beschließen.

Ich würde Sie bitten, die folgenden Antworten noch nicht zu veröffentlichen. Ich werde Ihnen morgen noch einmal eine Mail zu kommen lassen.

Da heute aber die Frist abläuft, wollten wir Ihnen schon einmal etwas zukommen lassen, damit Sie Bescheid wissen, dass wir Ihre Mail erhalten und gerne an der Beantwortung der Fragen teilnehmen. Wir hoffen, dass dies in Ordnung ist.

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

Bundesvorsitzende der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Von: Christoph Köpernick (VAfK) <koepernick@vafk.de>

Gesendet: Freitag, 29. November 2024 07:41

An: sekretariat@tierschutzpartei.de

Betreff: Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2025: Ihre Positionen zur Familienpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 möchten wir als Väteraufbruch für Kinder e.V. die Positionen Ihrer Partei zu zentralen Themen der Familienpolitik, Kinderrechte und Gewaltprävention erfragen.

Unsere Wahlprüfsteine behandeln wesentliche Anliegen von Kindern und Eltern, insbesondere in Trennungsfamilien. Sie decken Themen wie die Förderung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft, Schutz vor Entfremdung und faire finanzielle Regelungen ab. Ihre Antworten sollen Wählern eine fundierte Entscheidungsgrundlage bieten.

Wir bitten Sie höflich um Ihre Stellungnahme zu den folgenden Wahlprüfsteinen:

1. Grundgesetzlicher Schutz von Trennungsfamilien

Erkennt Ihre Partei Trennungsfamilien als Familie im Sinne des Artikel 6 Grundgesetz an und wird sie sich für die Stärkung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft einsetzen, insbesondere in Bezug auf Rechte und Pflichten nach einer Trennung?

2. Wechselmodell als Leitbild

Setzt sich Ihre Partei für die gesetzliche Verankerung des Wechselmodells als Leitbild für Trennungsfamilien ein, um den Kontakt von Kindern zu beiden Elternteilen sicherzustellen, Konflikte zu vermeiden und eine paritätische Betreuung als Regelfall zu fördern?

3. Schutz vor Entfremdung

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kinder besser vor Entfremdung zu schützen? Unterstützen Sie zum Beispiel die Einführung einer Schulbezirksregelung, um den Wegzug eines Elternteils zu erschweren, wenn dieser den Kontakt des Kindes zum anderen Elternteil beeinträchtigen könnte?

4. Strukturelle Reform der Jugendhilfe

Unterstützt Ihre Partei eine umfassende Reform der Jugendämter, um Transparenz, Effizienz und Fachkompetenz zu stärken? Sind Sie für die Einführung einer spezialisierten Abteilung für Trennungsfamilien mit qualifizierten Mitarbeitern, um eine bessere Unterstützung für betroffene Kinder und Eltern zu gewährleisten?

5. Reform des Unterhaltsrechts

Welche Schritte plant Ihre Partei, um das Unterhaltsrecht so zu reformieren, dass finanzielle Verantwortung und Betreuungsleistungen beider Elternteile gleichermaßen anerkannt werden? Wie werden Sie Fehlanreize vermeiden, die dazu führen, dass ein Elternteil bewusst aus der gemeinsamen Betreuung ausgeschlossen wird? Ziel ist eine faire Aufteilung der elterlichen Verantwortung, um das Wohl der Kinder zu gewährleisten.

6. Effiziente und faire Familiengerichtsbarkeit

Wie steht Ihre Partei dazu, kindschaftsrechtliche Verfahren effizienter und stärker auf eine Konkordanz der Grundrechtspositionen des Kindes und seiner Eltern auszurichten? Welche Reformen plant Ihre Partei, um Konflikte im Vorfeld zu vermeiden, frühzeitig zu entschärfen und die Entscheidungsfindung in familiengerichtlichen Verfahren zu verbessern? Unterstützen Sie eine echte Fortbildungspflicht für Familienrichter?

7. Kindergeld und Unterstützungsleistungen

Wie steht Ihre Partei dazu, Kindergeld und Unterstützungsleistungen fair zu verteilen und zugleich das Melderecht so anzupassen, dass Kinder in Trennungsfamilien gleichwertig in beiden Haushalten gemeldet werden können, um ihre Bindungen zu

beiden Elternteilen besser zu berücksichtigen und statistisch abzubilden?

8. Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Vätern und Müttern gleichberechtigten Zugang zu einer Familienstartzeit sowie berufliche Flexibilität zu ermöglichen, um auch eine getrennte Elternschaft und frühe Bindung des Kindes zu Mutter und Vater gleichermaßen zu fördern?

9. Prävention von und Schutz vor Gewalt

Gewalt hat viele Gesichter – von psychischer über sexuelle bis hin zu körperlicher Gewalt. Insbesondere psychische Gewalt, wie die Entfremdung und Isolierung des Kindes vom anderen Elternteil, bleiben oft unbeachtet. Unterstützt Ihre Partei eine geschlechterneutrale Gewaltprävention, die alle Formen von Gewalt einbezieht, sowie den Ausbau von Schutzangeboten für Männer, Frauen und Kinder?

10. Aufbau auf bestehender Vorarbeit und Abkehr von schädlichen Narrativen

Das Bundesjustizministerium hatte im Oktober 2024 Referentenentwürfe für Reformen im Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht versandt. Diese Entwürfe enthalten erste Ansätze, um den veränderten Anforderungen moderner Familienstrukturen gerecht zu werden und die Rechte von Kindern sowie beider Elternteile besser zu berücksichtigen.

Während Fortschritte wie die automatische gemeinsame Sorge für unverheiratete Eltern, die Erwähnung des Wechselmodells oder die Anpassung des Unterhaltsrechts positiv zu bewerten sind, bleiben wesentliche Fragen unbeantwortet. Dazu zählen insbesondere die Förderung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft, die konsequente Vermeidung von Entfremdung sowie die Abkehr von überholten Narrativen, die die Elternschaft nach Trennung auf einen Elternteil reduzieren.

1. Wie wird Ihre Partei auf der bestehenden Vorarbeit des Bundesjustizministeriums aufbauen, um die Rechte und Bedürfnisse von Kindern und beiden Elternteilen nach einer Trennung gleichermaßen zu stärken?
2. Welche weiteren Reformen plant Ihre Partei, um eine gleichberechtigte Elternschaft nach Trennung zu fördern und Fehlanreize zu beseitigen, die zur Ausgrenzung eines Elternteils führen können?
3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um vorrangig die gemeinsame Elternschaft auch nach Trennung in den Fokus zu rücken und eine kooperative Elternschaft als Leitbild in Gesetz und Praxis zu ermöglichen?

Bitte senden Sie uns Ihre Antworten bis zum **10. Januar 2025** per E-Mail an koepernick@vafk.de

Wir schreiben die Parteien an, die bei der Bundestagswahl 2021 mindestens 1 % der Zweitstimmen erhielten oder bei der Bundestagswahl 2025 nach aktuellen Umfragen die Chance auf mindestens 1 % der Zweitstimmen hätten.

Ihre Antworten werden wir dokumentieren und veröffentlichen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Zeit und Mühe.

Über den Verband

Der Väteraufbruch für Kinder e.V. (VAfK) ist der mitgliederstärkste, bundesweit vertretene Interessenverband für von Kindern getrennt lebende Eltern und Vätereinmündigkeit. Er vertritt 4.000 Mitglieder in rund 100 lokalen Gesprächskreisen, Kontaktstellen und Kreisvereinen, darunter etwa 10 % Frauen.

Warum das wichtig ist

Die Menschen im VAfK verbindet, dass ihnen, ihren Kindern oder ihren Liebsten Schlimmes widerfahren ist oder widerfährt oder sie andere davor bewahren wollen. Sie stehen stellvertretend für die schätzungsweise 200.000 jährlich neu Betroffenen [Annahme: 3 Betroffene (1 Kind, 2 Angehörige) je Kontaktabbruch, vgl. Baumann et al., ZKJ 2022, 245].

Ziel des seit dem Jahr 1988 aktiven VAfK ist es, das Aufwachsen von Kindern in ihren Familien durch ein verstärktes Engagement ihrer Väter und durch kooperative Elternschaft, insbesondere nach Trennung und Scheidung, nachhaltig zu verbessern.

Der VAfK versteht sich als Verein für Kinderrechte, als Familien- und Elternverband und als Organisation, die eine fürsorgende und liebevolle Beziehung beider Eltern zu ihren Kindern stärkt sowie für die Gleichstellung von Müttern und Vätern eintritt.

Mitglied werden oder spenden

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nur 60 € im Jahr. Weitere Familienmitglieder zahlen nur 30 €. Der VAfK ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und auf Spenden angewiesen, um seine Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsangebote vor Ort leisten zu können.

Der VAfK toleriert keine extremistischen Tendenzen – weder von links noch rechts. Er ist ein Antidiskriminierungsverband und ist im deutschen Lobbyregister eingetragen.

Herzliche Grüße

Christoph Köpernick, Mitglied des Bundesvorstandes

koepernick@vafk.de · 0171 - 45 27 999

Väteraufbruch für Kinder e.V. · Herzogstr. 1a, 60528 Frankfurt/M. · VR 14886,
Frankfurt/M. · 069 - 1339 6290 · Bundesvorstand: Christoph Köpernick, Markus
Koenen, Karsten Rulofs, Kay Stratmann · www.vaeteraufbruch.de